

## **Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung**

*(Thesen eines Vortrags im Rahmen der Veranstaltung: „Sozial ist was Arbeit schafft“ der Reihe "Neoliberale Mythen", 28.07.2005, Kassel)*

Ich stelle folgende doppelte Behauptung zur Diskussion:

***Vollbeschäftigung muss das zentrale strategische Ziel einer alternativen Politik heute sein. Eine allgemeine und gleiche Arbeitszeitverkürzung ist ein unverzichtbares Instrument, dieses Ziel zu erreichen.***

1. Das Ziel der Vollbeschäftigung wird von links kritisiert, von rechts sabotiert. Es gilt als hoffnungslos illusionär, rückwärtsgewandt, vielleicht auch populistisch, auf jeden Fall aber als sinnlos utopisch. Es steht im krassen Gegensatz zur herrschenden Meinung – und zur Meinung der Herrschenden. Es lohnt sich also, über dieses Ziel nachzudenken!
2. Gegen jede ökonomische Vernunft und in krassem Widerspruch zu allen empirischen Erfahrungen wird auf breiter Front vor allem von den Unternehmerverbänden und ihren akademischen und politischen Handlangern die Verlängerung der wöchentlichen, monatlichen oder jährlichen Arbeitszeit - möglichst ohne Bezahlung – gefordert; und das auch noch mit der Begründung, das nütze dem Wirtschaftswachstum und schaffe Arbeitsplätze.
3. Die real existierende Alternative aber zur Vollbeschäftigung ist Massenarbeitslosigkeit. Unter Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit ist jede alternative Politik zum Scheitern verurteilt, denn die potentiellen Subjekte einer solchen Politik stehen chronisch in der Defensive. Unter Bedingungen von nachhaltiger Massenarbeitslosigkeit werden Demokratie, Sozialstaat und ihre gesellschaftlichen Verfechter bestenfalls zu Rückzugsgefechten in der Lage sein.
4. Unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit wird jedes noch so idiotische, schädliche, undemokratische und asoziale politische Ziel, wenn es denn den Machteliten passt, mit dem Argument, es schaffe Arbeitsplätze, erfolgreich legitimiert; wird jedes noch so sinnvolle, vernünftige, demokratische und soziale politische Ziel, wenn es den Machteliten nicht passt, mit dem Argument, es vernichte Arbeitsplätze, erfolgreich diskreditiert.
5. Unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit wird der Sozialstaat geschliffen, verkommt das Bildungssystem und verlieren demokratische Institutionen ihre Akzeptanz und wird Politik zunehmend erpressbar durch die ökonomischen Machteliten der Gesellschaft.
6. Auch die große Koalition aus CDU/CSU/SPD/FDP/GRÜNE will Vollbeschäftigung und bietet dafür Instrumente an, die zwar bislang wenig erfolgreich waren, die Arbeitslosenzahlen zu senken, dafür aber wenigstens den re-

pressiven Druck auf die Arbeitnehmer erhöhen konnten: prekäre, ungesicherte, diskriminierte Beschäftigungen, einen ständig sich ausdehnenden Sektor von Niedrigstjobs, die Eineurojobs und – demnächst vielleicht in diesem Theater - die massenhafte Neuauflage von staatlich über Lohnkostenzuschüsse subventionierte Billigjobs.

7. Unter dem Motto „Sozial ist, was Arbeit schafft!“ sollen die Errungenschaften des kollektiven sozialen Schutzes der Arbeit geschliffen werden. Jede Arbeit sei – so heißt es schon seit längerem in diesen Kreisen - der Würde des Menschen angemessener, als arbeitslos zu sein und Anspruch zu erheben auf die solidarische Unterstützung der Gesellschaft. So wird der Sozialstaat ausgehebelt – und mit ihm ein zentrales Element unserer Verfassung. Vollbeschäftigung durch massenhafte Arbeitseinkommen unterhalb der Armutsgrenze – das ist das erklärte Ziel von CDU/CSU und FDP; und die Differenzen zu Rot-GRÜN sind bestenfalls in programmatisch unverbindlichen Vorwahlkonzepten zu finden.

### ***Was meint Vollbeschäftigung als strategisches Ziel einer alternativen Politik?***

8. Vollbeschäftigung ist ein strategisch sinnvolles Ziel nur unter den real existierenden Wachstumsbedingungen, das heißt unter Bedingungen eines langfristig niedrigen Wirtschaftswachstums bei etwa 1 bis 2 Prozent. Das ist wahrscheinlich eine realistische Prognose auch für die nächsten 10 Jahre. Der Blick zurück zeigt: Unter Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit koppelt sich die Entwicklung des Bruttosozialprodukts zunehmend von der der allgemeinen Wohlfahrt ab: Wirtschaftswachstum und wachsender Reichtum auf der einen Seite und soziale Spaltungen und wachsende Armut auf der anderen gehen Hand in Hand.
9. Wer *Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum* verspricht, ist ökonomisch ein Idiot oder Lügner, ist ökologisch töricht oder verantwortungslos. Nur ein jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens 7 Prozent über 10 Jahre hinweg, könnte die Massenarbeitslosigkeit beseitigen: ökonomisch absurd und ökologisch eine Katastrophe. Unter Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit wird die Massenkaukraft nachhaltig stagnieren und Wirtschaftswachstum sich auf niedrigem Niveau entwickeln. Unter Bedingungen der Vollbeschäftigung dagegen ist – ökonomisch – ein kräftigeres Ansteigen des Bruttosozialprodukts vorstellbar, also: *Wirtschaftswachstum durch Vollbeschäftigung*. Ob das jedoch ökologisch sinnvoll ist, ist eine andere Frage.
10. Vollbeschäftigung unter Bedingungen von geringem Wachstum meint einen Zustand:
  - a. in dem alle Menschen ihr soziales Grundrecht auf Arbeit wahrnehmen können – und zwar in freier Arbeitsplatzwahl;
  - b. in dem alle Schul- oder Universitätsabgänger ihr soziales Grundrecht auf freie Berufswahl ausüben können;

- c. in dem Arbeitnehmer und ihre gewerkschaftlichen Interessenvertreter hinreichend stark sind, um menschwürdige Arbeitsbedingungen und angemessene Entlohnung durchzusetzen;
- d. in dem Kündigungen und Arbeitsplatzwechsel von den Beschäftigten ausgehen, Unternehmer dagegen ein hohes Interesse haben, ihre Belegschaft an das Unternehmen zu binden;
- e. in dem die staatlichen Steuereinnahmen reichlich fließen, die staatlichen Sozialausgaben zurückgehen und in dem der öffentliche Sektor kollektiver Güter expandiert;
- f. in dem die sozialen Sicherungssysteme keine Finanzierungsprobleme kennen und in dem ihre fällige Reform ohne den terroristischen Druck der Kostensenkung durchgeführt werden kann;
- g. in dem die längst fällige Abkoppelung der sozialen Sicherungssysteme von den Lohnnebenkosten in Ruhe und sozial gerecht durchgeführt werden kann und in dem Konzepte der steuerfinanzierten Grundsicherung entwickelt und eingeführt werden können;
- h. in dem die Menschen befreit sind von der permanenten Angst um ihre Existenzsicherung und vor Arbeitslosigkeit, die sich wie Mehltau über alle sozialen Beziehungen legt;
- i. in dem die alles erschlagende Geltung von Erwerbstätigkeit relativiert werden kann und die Menschen wieder Spielraum bekommen, aus der Lohnabhängigkeit auszusteigen und andere Formen der Arbeit zu wählen;
- j. in dem sozialpolitisch ein Feld absolut dominiert: die Bildungspolitik, denn alle gesellschaftlichen Kräfte sind zwingend darauf angewiesen, alle Bildungsreserven zu mobilisieren;
- k. und in dem die Produktivitätsentwicklung dazu genutzt wird, kontinuierlich und gleichmäßig die „erlaubte“ Arbeitszeit pro Woche oder Monat oder Jahr zu reduzieren.

### ***Das wirkungsvollste Denkverbot: Arbeitszeitverkürzung***

11. Eine Form der Arbeitszeitverkürzung erleben wir seit Jahrzehnten: Bleibt das Wirtschaftswachstum unterhalb der Produktivitätsentwicklung, so geht die gesamtgesellschaftlich benötigte Arbeitszeit zurück: in Deutschland ist das so seit gut 30 Jahren. Um eine langsam steigende Menge von Gütern und Dienstleistungen herzustellen, bedarf es Jahr für Jahr einer immer geringere Zahl von Arbeitsstunden. Obwohl also die Arbeitszeit real zurückgeht, ist die Forderung nach einer gleichen und allgemeinen Arbeitszeitverkürzung geradezu tabuisiert. Verständlich: denn hier herrscht ja eine ganz andere Form der gesellschaftlichen Arbeitszeitverkürzung: nämlich Massenarbeitslosigkeit.
12. Gleiche und allgemeine Arbeitszeitverkürzung bedeutet nichts anderes als eine andere Verteilung der gesamtgesellschaftlich vorhandenen und benötigten Arbeitszeit auf das Beschäftigungspotential. Es geht also um eine Umver-

teilung der Arbeitszeit – zugunsten derer, die am Arbeitsmarkt benachteiligt oder von ihm ausgeschlossen sind. Während seit 30 Jahren real ein Umverteilungsprozess zugunsten des oberen gesellschaftlichen Drittels stattfindet – Verfügung über Arbeit, Bildung, Status, Einkommen und Macht – ist es gelungen, eine Umverteilungsdebatte, die diesen Prozess ausbremsen und umkehren will, streng zu tabuisieren.

13. Das real bestehende Beschäftigungspotential (erwerbsfähige Menschen) ist in Deutschland gegenwärtig um etwa 15 bis 20 Prozent höher als das reale Beschäftigungsangebot (Beschäftigungsverhältnisse). Das ist eine Schätzung: 10 Prozent Arbeitslose plus 5 bis 10 Prozent stille Reserve. Bei einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von etwa 40 Stunden fehlen ca. 7 bis 8 Millionen Arbeitsplätze. Rein rechnerisch also könnte eine Arbeitszeitverkürzung von 15 bis 20 Prozent – also von 40 Wochenstunden auf 32 bis 35 Wochenstunden Vollbeschäftigung sichern.
14. Soweit waren wir ja schon einmal – vor gut 20 Jahren. Damals konnte die gesetzlich 35 Stundenwoche mit dem ebenso schlichten wie immer noch gültigen Argument gefordert und teilweise auch durchgesetzt werden: Mit Arbeitszeitverkürzung gegen Massenarbeitslosigkeit! Mittlerweile liegt die reale durchschnittliche Wochenarbeitszeit deutlich über 40 Arbeitsstunden. In den zurückliegenden 30 Jahren hätte – noch immer rein rechnerisch – Jahr für Jahr eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 15 Minuten ausgereicht, um die strukturellen Freisetzungseffekte einer Produktivitätsentwicklung, die über dem Wachstum der Produktion liegt, auszugleichen.
15. Durch gleiche und allgemeine Arbeitszeitverkürzung zur Vollbeschäftigung - das verlangt nicht eine bestimmte Form der Arbeitszeitverkürzung: die kann sich auf die täglichen, wöchentlichen oder auch jährlichen Arbeitszeiten pro Kopf beziehen. Nur eine Form der Arbeitszeitverkürzung ist ausgeschlossen: die vorübergehende oder anhaltende erzwungene „Freisetzung“ in Arbeitslosigkeit, also eine extrem unsoziale und ungerechte Verteilung der Arbeit.

### ***Massenarbeitslosigkeit: Ein gewolltes und erwünschtes Kampfinstrument***

16. Und was spricht dagegen? Die ökonomischen Machteliten Deutschlands nutzen seit Jahrzehnten die Massenarbeitslosigkeit als wichtigstes Kampfinstrument ihres Klassenkampfes von oben. Von unten wird schon lange keiner mehr geführt. Wer kontinuierliche Gewinn- und Einkommenssteigerungen durchsetzen will, die um das 5 bis 10fache über den Zuwachsraten des Bruttozialprodukts liegen, muss Umverteilung von unten nach oben erzwingen. Eingeschüchterte und verängstigte Belegschaften, schwache Gewerkschaften und ein erpressbarer und unter chronischer Finanznot leidender Staat sind dafür die optimalen Bedingungen. Das schafft nachhaltige Massenarbeitslosigkeit, dafür wird sie benötigt und genutzt.
17. Alle Vorschläge „zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit“ aus dem Lager der Unternehmer- und Wirtschaftsverbände samt ihrer akademischen Hoflieferanten

ranten dienten – natürlich nur im eigenen Lager - wachsenden Gewinnen und Einkommen, sinkenden Steuern und Abgaben und stabilisierten oder verstärkten die Massenarbeitslosigkeit. Und je dominanter sie die herrschende Meinung prägten, desto unverfrorener war der Unfug, mit dem sie behaupteten, Arbeitsplätze zu schaffen.

18. Diese Politik des Klassenkampfes von oben schwächt auf kurze und zerstört auf lange Sicht die einzigen gesellschaftlichen Instanzen, die den Kapitalismus zwingen könnten, seine langfristigen Interessen zu verfolgen. Dafür nämlich hat er selbst kein „Organ“. Es war die staatliche Sozialpolitik und es war die gewerkschaftliche Tarifpolitik, die für das gesellschaftliche Umfeld sorgten, in dem der deutsche Kapitalismus – relativ krisenarm - wachsen und gedeihen konnte. Diese eigene Basis zu zerstören – das ist die „Torheit der Herrschenden“.
19. Massenarbeitslosigkeit ist der entscheidende machtpolitische Hebel, mit dessen Hilfe der Sozialstaat erst in die Krise getrieben und dann systematisch demontiert wird. Der schlanke und schwache Staat der ökonomischen Machteliten wird immer weniger in der Lage sein, für die Bereitstellung der kollektiven Güter wie soziale Sicherheit, ökologische Nachhaltigkeit oder reale Bildungschancengleichheit zu sorgen. Unter Bedingungen von Vollbeschäftigung jedoch wird ein expandierender öffentlicher Sektor diese Aufgaben wieder wahrnehmen – und gleichzeitig für hinreichend viele Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten auch für jene Gruppe von Menschen sorgen, die auf den anspruchsvollen ersten Arbeitsmärkten nicht unterkommen können.

***Vollbeschäftigung durch gleiche und allgemeine Arbeitszeitverkürzung ist keine soziale Utopie, sondern die Bedingung der Möglichkeit von sozialen Utopien.***

20. Unter Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit sind alle alternativen Politikkonzepte zum Scheitern verurteilt. Massenarbeitslosigkeit ist die zentrale Instanz, die über politische und ökonomische Macht entscheidet. Deshalb ist das Thema gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse heute so gründlich aus der öffentlichen und akademischen Debatte verdrängt. Soziale Utopien können unter der Bedingung von Massenarbeitslosigkeit nie die „Massen“ ergreifen, denn hier herrscht massenhaft Angst, Bedrohtheit, Verunsicherung und das Wissen, längst nicht mehr Herr im eigenen Haus zu sein.
21. Erst der Kampf um Vollbeschäftigung durch gleiche und allgemeine Arbeitszeitverkürzung kann wieder Perspektiven auch für utopische Gegenentwürfe eröffnen. Denn nur unter der Bedingung von Vollbeschäftigung verliert das „Reich der Notwendigkeit“ seine hegemoniale Macht über die Köpfe der Leute und es entsteht Luft, sich privat und öffentlich mal wieder Gedanken darüber zu machen, was gutes Leben bedeuten könnte. Deshalb muss in der Gewerkschaftsbewegung, in den politischen Arenen und in den öffentlichen

Debatten die Forderung nach *Vollbeschäftigung durch allgemeine und gleiche Arbeitszeitverkürzung* einen zentralen strategischen Platz einnehmen.

22. Eine systematische Politik der Arbeitszeitverkürzung ist nur als Politik mit langem Atem in vielen Schritten denkbar. Denn parallel zur Arbeitszeitverkürzung müssen zügig die Systeme beruflicher Qualifizierung ausgebaut werden. Zusätzliche Kosten sind unvermeidbar – und die positiven Kosteneffekte werden erst mit zeitlicher Verzögerung eintreffen. Mit Sicherheit kann eine zunächst rasche Arbeitszeitverkürzung nicht den vollen Lohnausgleich garantieren – eine Umverteilung von Einkommen und Löhnen von oben nach unten wird unvermeidbar sein. Der Prozess der Lohn- und Gehaltsspreizung wird ebenso umgekehrt werden müssen wie der der wachsenden Auseinanderentwicklung von Einkommen bei Lohn- und Gehaltsabhängigen und Einkommen aus Kapital, Vermögen und selbständiger Arbeit. Eine Umverteilung der Arbeit ist nicht ohne eine der Einkommen möglich – das gilt in beide Richtungen – nach oben wie nach unten.